



HESSISCHER LANDTAG

11. 03. 2024

HHA

Berichtsantrag

**Roman Bausch (AfD), Bernd Erich Vohl (AfD),
Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD), Klaus Gagel (AfD) und
Andreas Lichert (AfD)**

Ausgaben im Landeshaushalt für Klimaschutzvorgaben auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene

Im Juli 2021 trat mit dem europäischen Klimagesetz ein Schlüsselement des europäischen Green Deal in Kraft. Das Klimagesetz verpflichtet die Mitgliedsstaaten, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Hessen will bis 2045 klimaneutral werden. Die Klimaschutzvorgaben der EU erzwingen von den Mitgliedsstaaten einen gewaltigen Einsatz finanzieller Mittel, die bei der Erfüllung anderer staatlicher Aufgaben fehlen. Laut Finanzplan des Landes Hessen vom Juni 2023, also noch vor Inkrafttreten des sogenannten Heizungsgesetzes und des Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze im Januar 2024, plante Hessen bis 2027 insgesamt rund 5,6 Milliarden Euro im Landeshaushalt für den Klimaschutz ein.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss (HHA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie hoch sind die Ausgaben im aktuellen Landeshaushalt ressortübergreifend, die direkt oder indirekt auf Klimaschutzvorgaben zurückzuführen sind, in absoluten Zahlen im Vergleich zu den im Finanzplan 2023 prognostizierten?
2. Werden die Ausgaben im Landeshaushalt, die direkt oder indirekt auf Klimaschutzvorgaben zurückzuführen sind, nach Ansicht der Landesregierung in den kommenden beiden Haushalten eher größer oder kleiner werden als im aktuellen Haushalt?
3. In welchem Umfang handelt es sich bei den unter Punkt 1 angesprochenen Ausgaben um Subventionen, Fördergelder und Zuschüsse an Dritte im Sinne von Privaten, Wirtschaftsunternehmen, Verbänden, Vereinen und Empfängern der öffentlichen Hand?
Bitte einzeln auflisten.
4. Welche Gesetze, Richtlinien und Verordnungen aus EU, Bund und Hessen, die in den letzten zehn Jahren im Zusammenhang mit dem Klimaschutz in Kraft getreten sind, sind die fünf Hauptverursacher für Ausgaben im aktuellen Landeshaushalt in absteigender Rangfolge ihres Anteils an den Ausgaben?
Bitte die fünf Ausgabenbeträge auflisten.
5. Wie hoch ist der Aufwand im aktuellen Landeshaushalt nach Einzelplänen, mit dem das Land Hessen die kommunale Ebene zur Umsetzung von Klimaschutzvorgaben fördert bzw. unterstützt?
6. Wie viele und welche Berichts- und Dokumentationspflichten sind in den letzten zehn Jahren im Zusammenhang mit Klimaschutzvorgaben für die hessische Landesverwaltung hinzugekommen?
7. In welchem Umfang hat die Umsetzung, Dokumentation, Berichterstattung und Evaluation von Klimaschutzverordnungen und -gesetzen in den letzten zehn Jahren zu einem Stellenaufwuchs in der hessischen Landesverwaltung geführt und wie verteilen sich die neu geschaffenen Stellen auf die Ministerien, Ämter und Behörden?
8. Wie viele Tonnen CO₂ wurden durch die ergriffenen Maßnahmen im Jahre 2023 insgesamt und je Sektorziel eingespart?
Bitte einzeln auflisten.

9. Wie viele Tonnen CO₂ will die Landesregierung in den Folgejahren insgesamt und je Sektorziel bis 2030 einsparen?
Bitte einzeln auflisten.
10. Welche Erkenntnisse und Nachweise hat die Landesregierung darüber, ob und in welcher Weise die bisherigen Ausgaben für Klimaschutzvorgaben das Klima in Hessen beeinflusst haben?
11. Ist aus Sicht der Landesregierung die unverminderte Fortsetzung der Klimaschutzvorgaben für den Wirtschaftsstandort Hessen insgesamt zuträglich?
12. Hält die Landesregierung die absolute Höhe der Ausgaben im Landeshaushalt, die direkt oder indirekt mit dem Klimaschutz in Zusammenhang stehen, für angemessen?
13. Hält die Landesregierung die Vermeidungskosten pro Tonne CO₂, die direkt oder indirekt mit dem Klimaschutz in Zusammenhang stehen, für angemessen?
14. Welchem Ziel räumt die Landesregierung bei einem möglichen Zielkonflikt Priorität ein: Der Verwirklichung der Klimaneutralität in Hessen bis 2045 oder dem Einhalten der hessischen Schuldenbremse ohne verdeckte Neuverschuldung, wie beispielweise durch die Bildung von Sondervermögen oder Fonds?
15. Wird sich die Landesregierung für eine Reduzierung der Klimaschutzvorgaben auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene einsetzen? Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung in diesem Zusammenhang bereits unternommen, welche sind noch für dieses Jahr geplant und welchen Gesetzen, Richtlinien, Verordnungen und sonstigen Vorgaben gelten ihre Bemühungen dabei jeweils?

Wiesbaden, 11. März 2024

Roman Bausch
Bernd Erich Vohl
Patrick Schenk
Klaus Gagel
Andreas Lichert